



Die aktuelle Lage :

## Ein neues Grundsatzprogramm für die CDU muss kommen

Im Vorfeld des 30. Bundesparteitages der CDU habe ich als Bundesmitgliedbeauftragter und direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Celle-Uelzen ein neues Grundsatzprogramm für die CDU Deutschlands gefordert. Die designierte Generalsekretärin, Annegret Kramp-Karrenbauer, hat diesen Vorschlag aufgenommen. Gemeinsam werden wir in den kommenden Jahren ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten.

Die Leitlinien unserer Partei werden in einem Grundsatzpapier der CDU Deutschlands dargelegt. Das aktuelle Grundsatzprogramm der CDU stammt aus dem Jahr 2007 und ist bis 2021 angelegt. Jedoch haben sich seit dem Jahr 2007 die politischen Herausforderungen grundlegend geändert. Zu nennen ist hier unter anderem die Veränderung der Sicherheitslage mit neuen Bündnisverpflichtungen und Krisenbewältigungen wie beispielsweise die Migrationsbewegung. Auch haben sich in der Zeit seit 2007 die Kommunikationswege durch die sozialen Medien grundlegend verändert, neue Wege der Partizipation am politischen Willensbildungsprozess sind entstanden.

Die Welt ist heute im Rahmen der Digitalisierung und Globalisierung schnelllebiger geworden. Zudem sortieren sich die Macht- und Einflussphären neu. Das heißt insgesamt, dass Deutschland bekanntermaßen mehr Verantwortung für Europa als auch für sich selbst übernehmen muss. Dies bedingt, dass Deutschland ein Selbstverständnis dieser Verantwortung für Frieden, Freiheit und Wohlstand stärker in die Mitte der gesellschaftspolitischen Debatte stellen muss.

Deutschland muss seine wirtschaftliche Spitzenstellung in der Welt behaupten, unabdingbar hierfür sind

neben einer soliden Finanzpolitik soziale Stabilität wie eine leistungsorientierte Bildungslandschaft.

Die Modernisierung beispielsweise der Infrastruktur und Energieversorgung als auch die Dynamisierung im Rahmen der Digitalisierung wie auch die Resilienz im Rahmen der Cybertechnologie sind ebenfalls be-



stimmende Themenfelder.

Die CDU Deutschlands ist die Volkspartei, die einen umfassenden und nachhaltigen Anspruch geltend macht. Sie trägt als Volkspartei wie keine andere Verantwortung für Deutschland und muss sich stärker als Partei für Deutschland bekennen.

Hierfür ist ein innerer Kompass der Partei unverzichtbar, der Richtung und Werte beinhalten muss. Dabei muss sich ein Grundsatzpapier darauf beschränken,

wichtige Kernelemente und Grundsätze der Partei zu beschreiben und nicht wie bisher auf alle Fragen bereits politische Antworten vorgeben zu müssen. Dies sollte eher in einem Wahlprogramm Berücksichtigung finden. Daher benötigt die CDU ein neues Grundsatzprogramm, welches nicht starr, sondern dynamisch angelegt wird und bei Bedarf fortgeschrieben werden kann.

Fortsetzung aus Seite 2.



**Annegret Kramp-Karrenbauer und Henning Otte am Rande des Bundesvorstandes am Montag in Berlin.**

### Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Ausstattung der Bundeswehr	Seite 3
Koalitionsvertrag ist ausgehandelt	Seite 4
Wir sind für Sie da	Seite 6



## Neues aus dem Bundestag

**Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zu der informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs der EU-27 am 23. Februar 2018 in Brüssel.** Das informelle Zusammenkommen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs wird sich mit dem Mittelfristigen Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) sowie institutionellen Fragen rund um die Wahlen zum Europäischen Parlament befassen.

**Vereinbarte Debatte zur aktuellen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten.** Die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens bleibt von Instabilität, staatlicher Fragilität und Kampfhandlungen geprägt. Die akuten Krisen wirken sich in Form von Fluchtbewegungen und Terrorismus bis in unser Land unmittelbar aus. Die vereinbarte Debatte zur aktuellen Entwicklung der Region ist uns deshalb, aber auch aufgrund unserer historischen Verantwortung für den Staat Israel wichtig. Die akuteste Herausforderung der Region bleibt die Beilegung des Bürgerkriegs in Syrien, ein sehr schwieriges und komplexes Unterfangen aufgrund der zahlreichen Konfliktlinien und Akteure. Parallel zu dieser vielschichtigen Gemengelage werden umfassende politische Lösungen der Krisenherde im Irak und Jemen sowie der Umgang mit dem Iran erörtert.

**Gesetz zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten.** Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beraten, wollen wir den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten bis zum Inkrafttreten der Neuregelung, längstens bis zum 31. Juli 2018, aussetzen. Ab 1. August wird der Zuzug der Kernfamilie im Umfang von maximal 1.000 Personen im Monat zugelassen. Für besondere Einzelschicksale gilt wie



bisher eine Härtefallregelung. Damit tragen wir der begrenzten gesellschaftlichen Aufnahme- und Integrationsfähigkeit gerade auf Ebene der Kommunen und Gemeinden Rechnung und sorgen für eine geregelte Zuwanderung.

**Jahreswirtschaftsbericht 2018.** Der diesjährige Bericht der Bundesregierung „Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft“ prognostiziert auch für 2018 ein anhaltend starkes Wirtschaftswachstum. Der Aufschwung wird breit getragen von Binnenkonsum, Außenhandel und zuletzt auch durch einen starken Anstieg der Investitionen. Der Arbeitsmarkt befindet sich weiterhin in einem ausgezeichneten Zustand, die Bundesregierung rechnet mit einem Zuwachs von rund 500.000 Arbeitsplätzen. Auch die weiter sinkende Arbeitslosigkeit trägt zu der guten wirtschaftlichen Prognose bei.

## Fortsetzung: Neues Grundsatzprogramm

Selbstkritisch stelle ich fest, dass die CDU im Rahmen der Regierungsarbeit seit 2005 zu sehr den Regierungskonsens kommuniziert hat und strukturell als Partei die eigenen Inhalte und Forderungen zu sehr hinten angestellt hat. Dies hat dazu geführt, dass die Diskussionskultur vernachlässigt worden ist. Die politische Willensbildung vollzieht sich in der repräsentativen Demokratie jedoch von unten nach oben. Die Parteimitglieder müssen daher mehr Möglichkeiten der inhaltlichen Partizipation über Präsenzveranstaltungen wie auch online bekommen. Die CDU macht mit einem neuen Grundsatzprogramm deutlich, dass sie die inhaltliche Erneuerung in den Mittelpunkt stellt. Zweifelsohne leben Inhalte auch mit Personen. Für die CDU Deutschland gilt: Erst die Menschen und das Land, erst dann die Partei und Posten. Der bevorstehende Bundesparteitag bietet eine

gute Gelegenheit, die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes zu beschließen, um den Anspruch deutlich zu machen, auch zukünftig als Volkspartei für Deutschland Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen zu können.

Die Erarbeitung sollte allen Mitgliedern der CDU die Möglichkeit bieten, sich inhaltlich einbringen zu können und daher breit angelegt, jedoch straff in der Formulierung sein. Ein neues Grundsatzprogramm stellt damit einen wesentlichen Baustein dar, um mehr Partizipation zu ermöglichen, die Partei inhaltlich neu zu justieren und damit zukünftig Wahlerfolge für die Wahrnehmung von politischer Verantwortung und Gestaltung zu erzielen. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass die CDU eine erfolgreiche Zukunft als Volkspartei für Deutschland hat.

## Wir dürfen die Leistungen unserer Soldatinnen und Soldaten nicht schlechtreden!



**Interview zur Ausstattung der Bundeswehr für die Tagesschau am Montag.**

Zum Jahresbericht des Wehrbeauftragten habe ich in den letzten Tage zahlreiche Interview gegeben. Der diesjährige Bericht setzt unter anderem einen Schwerpunkt bei der Material- und Ausrüstungslage. Die Bundeswehr ist stark gefordert durch die Gleichzeitigkeit von Einsätzen zur Krisenbewältigung einerseits und dem neuen Schwerpunkt Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO andererseits. Klar ist, dass Deutschland seinen Bündnisverpflichtungen in vollem Umfang nachkommen muss und dabei die bestmögliche



**Telefoninterview mit dem Deutschlandfunk am Dienstag früh.**

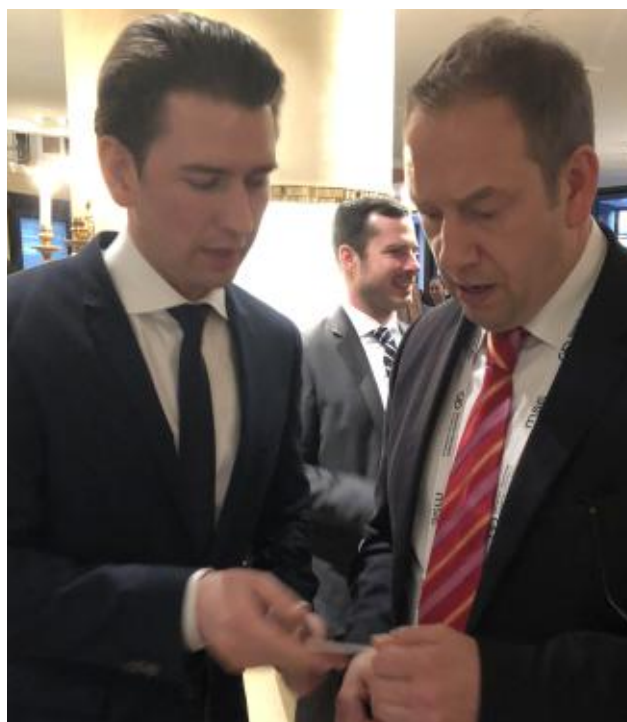
Foto: Flasche

Ausrüstung für unsere Soldatinnen und Soldaten bereitstellt. Dafür bilden die eingeleiteten Trendwenden bei Material, Personal und Haushalt die richtigen Grundlagen. Wir müssen aber dafür sorgen, dass das Material noch schneller als geplant bei der Truppe ankommt. Das gilt für Großgerät, aber auch für persönliche Ausrüstung. Hierfür müssen die Entscheidungswege schneller, die Verfahren flexibler und das Haushaltsrecht angepasst werden. Im vorliegenden Entwurf für den Koalitionsvertrag haben wir wichtige Weichen dafür gestellt.

## Münchener Sicherheitskonferenz

Auch in diesem Jahr habe ich an der Münchener Sicherheitskonferenz teilgenommen. Mehr als 20 Staats- und Regierungschefs, 40 Außen- und Verteidigungsminister nahmen an der Münchner Sicherheitskonferenz teil. Unter den rund 500 Teilnehmern waren zudem etwa 50 Vorstandschefs großer Unternehmen. Hochrangige Gäste waren u.a.: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die die Konferenz am Freitagnachmittag offiziell eröffnete, US-Verteidigungsminister James Mattis, Außenminister Sigmar Gabriel, Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz, Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, der russische Außenminister Sergej Lawrow, Großbritanniens Premierministerin Theresa May und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

"Wenn es die MSC nicht bereits gäbe, müsste sie bei der momentanen Weltlage neu erfunden werden." So beschrieb Konferenzleiter Wolfgang Ischinger die Bedeutung der Tagung. Seit 1963 zählt die Sicherheitskonferenz zu den wichtigsten Foren für den Austausch sicherheitspolitischer Themen. Jahr für Jahr finden sich daher Spitzenpolitiker in München ein, um in Reden, Diskussionsforen oder Gesprächen relevante Aspekte zu besprechen und zu erklären.



**Im Gespräch mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz.**

## Koalitionsvertrag ist ausgehandelt

Die Verhandlungen, an denen ich als verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der entsprechenden Arbeitsgruppe teilgenommen habe, waren langwierig und nicht immer einfach. Lassen Sie mich eines vorwegschicken: bei aller Kritik zolle ich den Verhandlern großen Respekt vor dieser Mammutleistung, die alle Beteiligten physisch und auch psychisch viel abverlangt haben.

Im Nachgang zu den Verhandlungen standen hauptsächlich die Ressortverteilung und damit auch die Personalien im Vordergrund. Das hat für viel Aufregung und Unmut gesorgt und die Inhalte des Vertrages in den Hintergrund gedrängt. Dazu gleich mehr.

Ich bin selber nicht begeistert, dass die CDU das Finanzministerium abtreten musste. Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir mit einem grandiosen Wahlergebnis in eindeutigeren Verhandlungsverhältnissen zu einer schellen und starken Regierung gefunden hätten. Aber so hat es eben nicht sollen sein. Und diesen Realitäten muss man ins Auge blicken und sich fragen, was ein Scheitern dieser Verhandlungen bedeutet hätte: weitere Wochen des Stillstandes, mit hoher Wahrscheinlichkeit Neuwahlen. Und das in einer Zeit, die Handlungsfähigkeit dringend erfordert.

Ich bin vor allem auch nicht begeistert, in welchem Stil die SPD (und auch die CSU...) sich in den Verhandlungen aufgeführt hat. Der Ton war teilweise schroff, manchmal gar unverschämt. Aber dies geschah durch einzelne Personen im Rampenlicht. Die Verhandlungen in den einzelnen Fachbereichen liefen anders ab. Hart in der Sache natürlich, aber sachlich im Ton und ergebnisorientiert.

Der nun vorliegende Vertragsentwurf ist ein guter Kompromiss für die Stabilität unseres Landes und in dem wir als Union wichtige inhaltliche Schwerpunkte setzen konnten. Ich möchte einige Punkte hervorheben:

- Erst von August an dürfen auch subsidiär Schutzberechtigte wieder Angehörige nach Deutschland nachholen, allerdings begrenzt auf bis zu 1000 Menschen pro Monat. Hinzu kommt eine bereits bestehende Härtefallregelung. Das entlastet erst einmal unsere Kommunen und beschleunigt hoffentlich die

Integration von Menschen mit Bleibeperspektive.

- Vereinbart ist auch, gezielt Fachkräfte nach Deutschland zu holen. Ein neues Regelwerk soll den „Bedarf unserer Volkswirtschaft, Qualifikation, Alter, Sprache sowie der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts“ berücksichtigen.

- Der Solidaritätszuschlag soll schrittweise wegfallen – in dieser Wahlperiode mit einem „deutlichen ersten Schritt“, der rund 90 Prozent der Zahler voll entlastet. Die Bürger sollen nicht mehr Steuern zahlen als notwendig.

- Ein „Baukindergeld“ von 1200 Euro pro Kind und Jahr über zehn Jahre soll es Familien leichter machen, Wohneigentum zu bauen oder zu kaufen. Auch über 2019 hinaus will der Bund Milliarden in den sozialen Wohnungsbau stecken. Über eine Reform der Grundsteuer soll zudem mehr Bauland zur Verfügung gestellt werden.

- Das Rentenniveau soll bis 2025 nicht unter 48 Prozent fallen, der Beitragssatz soll nicht über 20 Prozent steigen. Für die Zeit danach soll eine Rentenkommission eingerichtet werden.

Müttern, die vor 1992 drei oder mehr Kinder geboren haben, soll auch das dritte Jahr Erziehungszeit angerechnet werden.

- Die von der SPD geforderte Bürgerversicherung konnte verhindert werden, aber die

- Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sollen von 2019 an wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt werden.

- 8000 neue Pflegefachkräfte, eine Ausbildungsoffensive und Anreize für mehr Vollzeit sollen die Personalsituation ent-

spannen. Zudem sind vereinfachte Möglichkeiten für vorübergehende Aus- und Erholungszeiten für Angehörige geplant. Eine bessere, gleichmäßigere Bezahlung soll es durch flächendeckende Tarifverträge und eine Angleichung des Pflegemindestlohns in Ost und West geben.

Das reicht noch nicht, hier liegen noch große Anstrengungen vor uns, die wir tatkräftig angehen müssen, um dem Pflegenotstand entgegenzuwirken.



Bei den Koalitionsverhandlungen mit Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Gabriel.

Foto: Just

## Fortsetzung: Koalitionsvertrag ist ausgehandelt

- Wir wollen das Grundgesetz ändern, um die finanzielle Unterstützung von Schulen durch den Bund zu ermöglichen. Bisher sind Finanzhilfen des Bundes nur für finanzschwache Kommunen zulässig. Zwei Milliarden Euro sind für den Ausbau von Ganztagschulen und -betreuung geplant. Für die Ganztagsbetreuung von Grundschulern wird bis 2025 ein Rechtsanspruch verankert. Außerdem sind eine Milliarde Euro für eine Bafög-Reform, 600 Millionen Euro für eine bessere Ausstattung der Universitäten und fünf Milliarden Euro für den „Digitalpakt“ für Schulen geplant.

- Ein großer Erfolg ist für mich die Befassung mit der Weidetierhaltung und dem Umgang mit dem Wolf. Der Umgang mit dem Wolf hat die Sicherheit der Menschen oberste Priorität. Wir werden die EU-Kommission auffordern, den Schutzstatus des Wolfs zu überprüfen, um die notwendige strikte Bestandsregulierung herbeiführen zu können. Unabhängig davon wird der Bund mit den Ländern einen geeigneten Kriterien- und Maßnahmenkatalog zur Entnahme von Wölfen entwickeln. Dazu erarbeiten wir mit der Wissenschaft geeignete Kriterien für die letale Entnahme. Wir wollen, dass Wölfe, die Weidezäune überwunden haben oder für den Menschen gefährlich werden, entnommen, also geschossen werden.

- Der Koalitionsvertrag ist so lange nur ein Teilerfolg, bis die Mitglieder der SPD diesem zugestimmt haben. Nach dem langen Taktieren der Sozialdemokraten im Bund bleibt zu hoffen, dass ihre Mitglieder mit Weitsicht und Vernunft eine schnelle Regierungsbildung ermöglichen.

### Eckpunkte Arbeitsmarkt

Um Wachstum, Wohlstand und Chancen für alle zu sichern, brauchen wir eine neue Dynamik in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Wir werden in Handwerk, Mittelstand und Industrie die Wachstums- und Innovationskräfte stärken. In der Arbeitsmarktpolitik werden wir neue Initiativen ergreifen. Unser Ziel heißt Vollbeschäftigung.

- Wettbewerbsfähigkeit stärken:** Wir werden die Sozialabgaben bei unter 40 Prozent stabilisieren und die Steuerbelastung nicht erhöhen. Wir bauen weiterhin Bürokratie ab und investieren noch stärker in die Zukunft Deutschlands – vor allem in Bildung, Forschung, Digitalisierung und Infrastruktur.

**Innovationen fördern:** Wir werden eine steuerliche Förderung einführen – insbesondere für kleine und mittelgroße Unternehmen, die Forschung betreiben. Die Projektförderung für kleine und mittelgroße Unternehmen bleibt zusätzlich bestehen.

- Gründungskultur fördern:** Wir werden Gründer von der monatlichen

Umsatzsteuer-Voranmeldung befreien und weitere Bürokratie abbauen. Insbesondere für Unternehmen in der Wachstumsphase schaffen wir bessere Bedingungen für Wagniskapital.

- Ausgestaltung von Beschäftigungsverhältnissen:** Wir schränken die Möglichkeiten der Befristung ohne einen sachlichen Grund mit Augenmaß ein. Befristungen mit Sachgrund bleiben weiterhin möglich.

- Fachkräftestrategie:** Kein Arbeitsplatz soll unbesetzt bleiben, weil es an Fachkräften fehlt. Wir werden daher eine Fachkräftestrategie entwickeln. Dabei wollen wir inländische, innereuropäische und internationale Fachkräftepotenziale nutzen.

- Gute Arbeit für alle:** Wir streben Vollbeschäftigung an. Um die Menschen fit für die Arbeitsplätze von morgen zu machen, werden wir Aus- und Weiterbildung stärken.

- Auf fairen Handel setzen:** Wir unterstützen den Freihandel sowie neue Handelsabkommen.

Das sind die richtigen Weichenstellungen, damit wir in Deutschland weiterhin eine starke Wirtschaft haben und gute Arbeit für alle ermöglichen.

### Digitalisierung

Der digitale Wandel bietet große Chancen. Deshalb wollen wir unser Land in allen Bereichen zu einem starken Digitalland entwickeln. Wir sind überzeugt, dass der digitale Wandel das Leben der Menschen verbessern kann. Wir schaffen die richtigen Rahmenbedingungen, damit jeder daran teilhaben kann.

- Gigabit-Netze ausbauen:** Wir investieren mehr als 10 Mrd. Euro in flächendeckende Glasfaser-Netze. Unser Ziel lautet: Glasfaser in jeder Region und jeder Gemeinde – möglichst direkt bis zum Haus. Wir beseitigen bestehende Funklücken und wollen Vorreiter werden beim Aufbau des Echtzeit-Mobilfunkstandards 5G.

- Digitalpakt#D umsetzen:** Wir investieren 5 Mrd. Euro in den Digitalpakt#D. Wir wollen die flächendeckende digitale Ausstattung aller Schulen, damit Schüler in allen Fächern und Lernbereichen eine moderne Lernumgebung haben. Zudem wollen wir eine nationale Bildungsplattform schaffen, die auch eine offene Schnittstelle für bestehende Lernplattformen und Cloud-Lösungen anbietet.



Foto:Tobias Koch/CDU

## Fortsetzung: Koalitionsvertrag ist ausgehandelt

- **Digitale Verwaltung voranbringen:** Wir werden in einem digitalen Portal für Bürger und Unternehmen den einfachen, sicheren und mobilen Zugang zu allen Verwaltungsdienstleistungen möglich machen. Im so genannten Bürgerkonto kann jeder Bürger sehen, über welche Daten der Staat verfügt und welche Behörde darauf Zugriff genommen hat. Jeder kann den Umgang mit seinen persönlichen Daten steuern.

- **Mobiles Arbeiten erleichtern:** Wir wollen mobile Arbeit fördern und erleichtern. Dafür werden wir den rechtlichen Rahmen schaffen. Dazu gehören auch ein Auskunftsanspruch der Arbeitnehmer gegenüber ihrem Arbeitgeber im Fall einer Ablehnung sowie Rechtssicherheit für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber im Umgang mit privat genutzter Firmentechnik.

- **eHealth vorantreiben:** Wir schaffen die Möglichkeit, den Impfpass, den Mutterpass und das U-Heft digital zu speichern und das Zahnbonusheft digital zu verwalten. Wir wollen die Möglichkeit der digitalen Rezeptvergabe auch ohne Arztbesuch schaffen.

**Das sind die richtigen Weichenstellungen, um die Chancen der digitalen Welt nutzen zu können.**

### Leben in Stadt und Land

Unser Ziel sind lebenswerte Städte und attraktive ländliche Regionen. Dafür wollen wir bezahlbares Wohnen auch in Ballungsgebieten ermöglichen und in die Infrastruktur auf dem Land investieren.

- **Strukturschwache Regionen stärken:** Wir wollen, dass die Menschen in allen Regionen, in der Stadt und auf dem Land, einen guten Zugang zu allen Leistungen der Daseinsvorsorge haben. Das reicht vom Arzt bis zu Kindergärten und Schulen. Dafür schaffen

wir ein neues gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen, Städte, Gemeinden und Kreise. Bis Mitte 2019 wird eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ Vorschläge erarbeiten.

- **Städte und Gemeinden unterstützen:** Wir werden alle bisherigen Finanzprogramme für die Kommunen fortführen. Dazu gehören u. a. die Städtebauförderung sowie die bisherigen Programme im Zusammenhang mit Flucht, Zuwanderung und Integration.

- **Bezahlbares Wohnen ermöglichen:** Das beste Mittel gegen hohe Mieten ist der Bau neuer Wohnungen. Mit einer Wohnraumoffensive wollen wir erreichen, dass 1,5 Millionen neue Wohnungen und Eigenheime frei finanziert sowie öffentlich gefördert gebaut werden. Dazu werden wir u. a. den sozialen Wohnungsbau mit zwei Milliarden Euro fördern und ein Baukindergeld für viele Familien einführen.

- **In Infrastruktur investieren:** Wir investieren in moderne, saubere, barrierefreie und bezahlbare Mobilität. Wir werden Bau- und Planungsvorhaben beschleunigen und den ÖPNV stärken. Wir bringen die Elektromobilität voran und stellen bis 2020 mindestens 100 000 neue Ladepunkte für Elektrofahrzeuge zur Verfügung.

- **Das Ehrenamt stärken:** Bürgerschaftliches Engagement verdient Wertschätzung. Wir werden es weiter stärken und u. a. bestehende Regelungen entbürokratisieren, das Gemeinnützigkeitsrecht verbessern sowie Freiwilligendienste ausbauen.

**Das sind die richtigen Weichenstellungen für gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Deutschland – in der Stadt und auf dem Land.**

### Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Anna Eichhorn



Dr. Svend Moeller



Jörg Grünhagen



Uwe  
Moldenhauer

**Büro Berlin**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
  
Tel. 030 / 227 – 7 23 20  
Fax 030 / 227 – 7 63 20  
Henning.Otte@bundestag.de

[www.henning-otte.de](http://www.henning-otte.de)

**Büro Celle**  
Südwall 26  
29221 Celle  
Tel. 0 51 41 / 68 98  
Fax 0 51 41 / 68 83  
Henning.Otte.wk@bundestag.de

[www.facebook.com/henningotte](https://www.facebook.com/henningotte)  
dcuclleuelzen

**Büro Uelzen**  
Celler Str. 1  
29525 Uelzen  
Tel. 05 81 / 9 71 25 43  
Fax 05 81 / 157 36  
Henning.Otte.wk@bundestag.de

**Herausgeber und V.i.S.d.P.:**  
Henning Otte, MdB

